

## Vorlage Stadtparlament

Datum	9. September 2025
Beschluss Nr.	830
Aktenplan	152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

### **Interpellation Robin Eichmann: Gaza brennt und St.Gallen schweigt: Unterzeichnete Erklärung bloss ein leeres Versprechen?; schriftlich**

Robin Eichmann sowie 25 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 24. Juni 2025 die beiliegende Interpellation «Gaza brennt und St.Gallen schweigt: Unterzeichnete Erklärung bloss ein leeres Versprechen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Das föderalistische System der Schweiz siedelt die Verantwortung für humanitäre Nothilfe im Ausland seitens öffentlicher Hand auf Bundesebene an: Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) beantragt dem Bundesrat die Bereitstellung von Mitteln und verantwortet politische Leitlinien. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) als Teil des EDA setzt die Hilfe in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen konkret um.

Diese Hilfe ist in Gaza von grösster Notwendigkeit. Auf die Gräueltaten der Hamas im Oktober 2023 auf israelischem Boden reagierte Israel mit massivsten Luftangriffen und einer Bodenoffensive gegen den Gaza-Streifen. Erklärtes Ziel war und ist weiterhin die militärische Ausschaltung der Hamas. Der Konflikt eskalierte aber rasch und geht heute weit über die militärische Konfrontation zwischen bewaffneten Gruppen hinaus: Gaza verzeichnet zehntausende zivile Opfer, ist von einer Hungersnot betroffen und die allgemeine Lage für die Bevölkerung ist katastrophal. Gemäss UN-Quellen hat der Krieg bereits über 60'000 Todesopfer in Gaza gefordert; zahlreiche Kinder sind allein seit Juli 2025 an Unterernährung gestorben und über 3'000 sind zurzeit akut mangelernährt.<sup>1</sup> Seit Ausbruch des Gaza-Krieges im Oktober 2023 hat die Schweiz ihre humanitäre Unterstützung mehrfach verstärkt, zuletzt im Juni 2025.

Angesichts dieser unhaltbaren Situation wurden Städte und Gemeinden in ihren Möglichkeiten aktiv. Auch die Stadt St.Gallen hat reagiert; eine Nothilfezahlung in Höhe von CHF 50'000 erfolgte im Mai 2024<sup>2</sup>, eine zweite Zahlung von CHF 30'000 dann im Juni 2025<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> United Nations: «In Gaza, mounting evidence of famine and widespread starvation», online unter:

<https://news.un.org/en/story/2025/07/1165517> (besucht am 25. August 2025).

<sup>2</sup> [https://www.stadt.sg.ch/news/stsg\\_medienmitteilungen/2024/05/50-000-franken-fuer-humanitaere-soforthilfe-in-gaza.html](https://www.stadt.sg.ch/news/stsg_medienmitteilungen/2024/05/50-000-franken-fuer-humanitaere-soforthilfe-in-gaza.html)

<sup>3</sup> [https://www.stadt.sg.ch/news/stsg\\_umwelt-energie/2025/06/-30-000-franken-fuer-humanitaere-soforthilfe-in-gaza.html](https://www.stadt.sg.ch/news/stsg_umwelt-energie/2025/06/-30-000-franken-fuer-humanitaere-soforthilfe-in-gaza.html)

Neben diesem Tätigwerden im Bereich der Nothilfe hat sich St.Gallen auch bundespolitisch an einem konkreten Vorstoss beteiligt. Im Mai 2025 gelangten die Städte Lausanne und Genf mit der Bitte an die anderen Mitglieder des Schweizer Städteverbandes (SSV), den geplanten Appell an den Bundesrat – die sogenannte «*Déclaration des villes de Genève et Lausanne sur la situation humanitaire à Gaza*» – durch eine Mitunterzeichnung zu unterstützen. Am 27. Mai beschloss der Stadtrat, die Erklärung mitzutragen. Nebst St.Gallen sowie den Initianten Lausanne und Genf sind 81 Städte und Gemeinden dem Aufruf gefolgt. Der zuständige Bundesrat Ignazio Cassis hat den Appell im Juli 2025 beantwortet und die Forderungen zur Kenntnis genommen, worüber die Stadtkanzlei am 12. August 2025 informiert wurde.

## **2 Beantwortung der Fragen**

- 1. Ist der Stadtrat bereit, sich gemeinsam mit anderen Städten an einer koordinierten öffentlichen Stellungnahme oder Petition zur Unterstützung der Erklärung gegenüber dem Bund zu beteiligen oder selbst eine entsprechende Initiative zu lancieren?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, die Erklärung öffentlich sichtbar zu vertreten, z. B. durch Teilnahme oder Unterstützung von Mahnwachen, Podien, Medienstatements oder ähnliche Massnahmen?*

Durch die Mitunterzeichnung der *Déclaration* der Städte Lausanne und Genf nimmt St.Gallen bereits an einem koordinierten öffentlichen Vorstoss zuhanden des Bundesrates teil. Die Federführung des getätigten Appells liegt bei den Städten Lausanne und Genf. Der Erfolg dieses Vorgehens liegt gerade darin, dass die beiden Städte nicht nur den gebündelten Rückhalt der erwähnten 81 Städte und Gemeinden vorweisen können. Als Standorte vieler internationaler Organisationen weisen Genf und Lausanne sehr viel Erfahrung darin auf, Anliegen mit internationaler Dimension an den Bund zu richten. Um das von Genf und Lausanne initiierte Vorgehen nicht zu verzetteln, empfiehlt es sich nicht, mit einem neuen, separaten Aufruf an den Bundesrat zu gelangen. Auch von selbst initiierten Stellungnahmen will der Stadtrat aus demselben Grund absehen. Das gebündelte Vorgehen der Städte und Gemeinden unter der Federführung von Genf und Lausanne schätzt der Stadtrat als wirksamstes der Stadt zur Verfügung stehendes Mittel ein – gerade weil es auf die richtige politische Ebene, konkret die Bundesregierung, abzielt. Es ist nicht geplant, neben dieser politischen Einflussnahme andere Gefässe wie Mahnwachen oder Podien zu organisieren.

- 3. Welche konkreten Schritte hat die Stadt St.Gallen bisher unternommen, um die in der Erklärung formulierten Appelle – etwa gegenüber dem Bundesrat – wirksam zu unterstützen?*

Die Stadt ist dem Aufruf von Lausanne und Genf gefolgt und hat sich am Appell gegenüber dem Bundesrat beteiligt. Derzeit wird von den zuständigen Stellen von Lausanne und Genf in Absprache mit den mitunterzeichneten Städten und Gemeinden geprüft, ob weitere Schritte festgelegt werden sollen. Die Stadtkanzlei ist diesbezüglich mit Lausanne und Genf in Kontakt.

- 4. Wie hat die Stadt St.Gallen ihre Unterzeichnung der Erklärung vom 21. Mai 2025 öffentlich kommuniziert? Falls keine Kommunikation erfolgte: Aus welchen Gründen wurde darauf verzichtet?*

Es fand keine Kommunikation seitens der Stadt St.Gallen statt. Diese erfolgte zentral durch die koordinierte Stellungnahme von Lausanne im Namen aller Unterzeichnenden. Entsprechend wurde auf eine eigene Medienmitteilung verzichtet.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:  
▪ Interpellation vom 24. Juni 2025